

22.17

Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek: Herr Präsident! Hohes Haus! In aller Kürze auf einige von Ihnen aufgeworfene Fragen eingehend: Ja, es ist uns schon lange ein Anliegen, dass Männer und Frauen gleichermaßen den Weg in die Volksanwaltschaft finden. Dass dies noch nicht so ist, mag an verschiedenen Dingen liegen, wir arbeiten jedenfalls daran. Als Beispiel: Heuer werden wir mit der Medizinuniversität in Wien zusammenarbeiten und gemeinsam eine interdisziplinäre Ringvorlesung bestreiten, um damit auf ein Thema hinzuweisen, das in der Justiz ein Thema ist, aber auch in der Frauenpolitik, nämlich Gewalt gegen Frauen auf allen Ebenen. Das nur als Beispiel.
(Allgemeiner Beifall.)

Wir haben im Vorjahr eine einschlägige, sehr intensive Austauschveranstaltung gehabt, sodass am Ende – ich hoffe, in einigen Jahren – dieses Thema kein Thema mehr sein wird. Es soll niemand das Gefühl haben, nicht gehört worden zu sein: „Wenn ich gewusst hätte, dass ich mich an die Volksanwaltschaft wenden kann, hätte ich es getan.“ – Aus Unwissenheit soll niemand auf dieses Bürgerservice und diese Bürgerunterstützung verzichten müssen.

Ein weiteres Thema, das heute schon angesprochen wurde: Ich bin sehr froh darüber und bedanke mich bei allen, die das Justizministerium, den Minister, die Volksanwaltschaft und alle wohlwollenden unterstützenden Gruppen im ständigen Aufzeigen bei der Reform des Sachwalterrechtes mit Kraft unterstützt haben. Es hat heute die Begutachtung begonnen. Dies ist in der Tat ein Quantensprung in der Erwachsenenhilfe. Die gerichtliche Sachwalterschaft alten Typs soll wirklich nur mehr der letzte Ausweg, die Ultima Ratio sein. Es soll damit eigentlich eine gestufte, über mehrere Säulen oder Alternativen – je nachdem, wie Sie es sehen wollen – Hilfe für Menschen geschaffen werden mit größtmöglicher langdauernder Berücksichtigung des eigenen Willens, der Vorstellung der Angehörigen. Es soll begrenzt sein, sowohl zeitlich als auch vom Umfang. Ich freue mich schon sehr, wenn das gelingt, und auf die Debatte im Herbst, die ich von außen beobachten werde. Das wird das Hohe Haus hier tun und hoffentlich ein sehr, sehr gutes Gesetz zum Wohle aller beschließen.

Letzte Bemerkung zum Thema Menschenrechte und meine Arbeit in dem Bereich: Unter der Maßgabe, dass sich die Qualität einer Gesellschaft auch darin spiegelt, wie sie mit Schwächeren, temporär Außenstehenden, Häftlingen, Untergebrachten umgeht, meine ich, dass es uns allen ein Anliegen sein sollte, auch da die Forderungen des Justizministers in budgetärer und personeller Hinsicht zu unterstützen. Das betrifft die

Justizwache genauso wie die Fachdienste, das betrifft die Leitungen, das betrifft die Therapieangebote, denn das Ziel ist die Resozialisierung.

Als Volksanwältin habe ich zu allen Gruppen in diesen Bereichen sehr gute kommunikative Beziehungen, und das soll in dem Sinn so bleiben, hoffe ich, damit auch dort der Aufenthalt möglichst menschenwürdig gestaltet ist, mit dem eigentlichen Ziel, dass die Menschen diese Stätten sehr bald wieder verlassen können. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, was mir ein bisschen Sorge macht – und damit komme ich schon zum Ende –: Die versprochenen Humanressourcen, die Suche von Personen, um diese den Institutionen zuteilen zu können, zieht sich etwas, um es auf Wienerisch zu sagen, weil viele Kandidatinnen/Kandidaten die Aufnahmeprüfungen nicht schaffen. Das wissen wir aus der Polizei, das wissen wir aus der Justizwache. Vielleicht ist das ein Bildungsproblem.

Zum Schluss: Meine Damen und Herren, den Dank, den Sie ausgesprochen haben, nehme ich mit. Er ist für uns, nicht nur für mich hier, Verpflichtung, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger weiter zu arbeiten. Lassen Sie uns das tun und lassen Sie mich Ihnen einen schönen Sommer wünschen! – Danke. *(Allgemeiner Beifall.)*

22.21

Präsident Karlheinz Kopf: Nun gelangt Herr Volksanwalt Dr. Peter Fichtenbauer zu Wort. – Bitte.